

Biebricher Tagespost



Biebricher Neueste Nachrichten.

Biebricher Tagblatt.

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Boten frei ins Haus gebracht 85 A monatlich. Postgebühren für 5 Nummern gültig. 15 A. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonatgrundzeile 20 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Platz- u. Tagesanzeigen ohne Verbindlichkeit. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für d. Redakteur: A. Angeleitschewski für den Druck und Verlag Paul Jorjisch, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag der Hofbuchdruckerei Guido Seidler in Biebrich.

Samstags-Druck u. Verlag der Hofbuchdruckerei Guido Seidler in Biebrich.

Nr. 104.

Zweites Blatt.

Samstag, den 4. Mai 1918.

Postfach 10114.

57. Jahrgang.

Die Kriegslage.

Ab Berlin, 3. Mai. Die von deutscher Seite erfolgte Vernehmung eilich beglaubigter Auslagen der im okkupierten West- und südwestlichen französischen Bevölkerung sowie erbeuteter Soldatenbriefe, worin die Blünderung französischer Propaganda offen gegeben wird, veranlassen die Ententepropaganda zu einer Gegenaktion. „Matin“ vom 23. April veröffentlicht ein angebliche Auslage eines deutschen Gefangenen, welche den Kampf der Unmoralität auf der Seite trägt. Belustigend wirkt die geringe Schamlosigkeit des Berichterstatters, der nichts besseres als das alte Märchen von 1870 wieder aufzuwärmen, daß die deutschen Offiziere vor allem Verbunden mitnehmen. Durch alle Propaganda wird der Propagandabrief der Entente die Tatsache nicht der Welt schaffen, daß die Deutschen in dem von den Deutschen besetzten Gebiet von den englischen Truppen auf ihrem Rückzug gequält und dann von den englischen und französischen Batterien beschossen sind. Die Reichweite ihrer Geschütze lagen, in Grund und Boden geschossen wurden. Das Wort „Souveränität“ hat bei der Propaganda die englische Bevölkerung den direkten Rebellanten in Haus und Blünderung bekommen, denn unter diesem Deckwort haben die englischen Soldaten mitgehen, was ihnen irgend das gegenseitig wert war.

Wie England Belgien erobern will.

Aus dem Haag kommt folgende überaus bedeutsame Meldung:

Verhandlungen der belgischen Regierung in Le Havre und der englischen Regierung haben zu einem Abkommen geführt, nach dem englische Militärpolizei 18 Monate lang nach Friedensschluss in Belgien bleiben soll, und zwar weil die Unzufriedenheit im belgischen Volk so ungeheuer ist, daß eine solche fremde Stütze der Ausübung einer Revolution zu sicher gilt, die die Monarchie wegwerfen würde, die nur bei der Magistratur und den obersten Klassen Unterstützung findet.

Dieses englisch-belgische Abkommen beleuchtet besser als andere Beweisführungen die Notwendigkeit, reale Garantien zu schaffen, daß Belgien mit dem ständischen Ruffe nicht nur zu einem englischen Brückenkopf wird, denn was der vom Schutze des belgischen Königtums gelöst wird, ist nicht einmal hinreichend, politische Kinder hinter das Licht zu führen. Am übrigen hat die englische Regierung bei dem Abkommen, das sie der belgischen Regierung natürlich vorschlagen hat, nur eins vergessen, nämlich den Belgier anzugeben, auf dem sie es fertig bringen will, ihre „Militärpolizei“ nach Belgien hineinzubringen. Daß dieser Belgier eben so wenig über Nerven führt wie über Zedern, das liegt, scheint uns, handgreifliche Beweise vor, die uns sehr beruhigender Weise daran erinnern, daß vorläufig in Belgien sind und daß über Belgien Schicksal ohne nicht entschieden werden kann und entschieden werden darf.

Die Ummwälzung in der Ukraine.

Ab Berlin, 3. Mai. Der Führer der Bauerndeputierten, der in Kiew die Kaba geführt haben, Storopadi, ist Abtönung einer alten ukrainischen Koloson-Helmansfamilie. Nachdem die Kaba seit längerer Zeit ihren Einfluß mehr und mehr verloren hatte, konnte sich die Ummwälzung in Kiew nicht unbedeutend vollziehen. Es herrscht infolge dessen wieder vollkommen friedliches Leben. Storopadi ist in der belgischen Sophientime herzlich gewiegt worden.

Ob der ukrainische Gelände in Berlin, Gewiss, seinen Seiten behalten wird, hängt völlig von den Entschlüssen der neuen Regierung in Kiew ab. (F. 3.)

Ab Wien, 3. Mai. Die Blätter erfahren von unternommenen, daß die österreichisch-ungarische Regierung, die eben in Deutschland die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Ukraine im Auge hat, mit der dahingehenden deutschen Maßnahme als mit einer nach den Verhältnissen gebotenen Maßregel einverstanden ist. Gleichwohl stellen die Blätter fest, daß die Gestaltung der Verhältnisse in der Ukraine die in der Durchführung begriffene Ausfuhr von Warenmitteln nicht beeinträchtigen werde.

Ab Wien, 3. Mai. An der Meldung über den Sturz der ukrainischen Regierung bemerken die Blätter: Es könne nicht übersehen, daß in einem so jungen Staatswesen wie die Ukraine, sich Ummwälzungen und Ummwälzungen vollziehen. Solche Vorgänge sind so erklärlich, als die Umstände bei der Schaffung des neuen europäischen Staatswesens ganz außerordentlichen Natur gewesen seien. Die neuen ukrainischen Verhältnisse hätten erklärt, daß sie an dem Welt-Kriegsmeister Frieden schickten und den Verhältnissen, welche ihnen durch diesen Vertrag auferlegt wurden, zustimmen werden. Für die Zentralmächte ist dadurch die militärische Frage der Sicherung der Lebensmittelausfuhr aus der Ukraine gelöst. Die Blätter betonen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn es fernliege, sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einzumischen, solange die Bestimmungen des Brest-Litowsker Vertrags nicht geändert werden. Welche Regierung in Kiew bestehen soll, darauf wollten die Zentralmächte keinen Einfluß nehmen, solange diese Regierung die Verträge von Brest-Litowsk erfüllt.

England.

Ab Stockholm, 3. Mai. Der allgemeine Gesundheitszustand der, ohne daß eigentliche Krankheitserscheinungen vorliegen, zu wünschen übrig. Die Ärzte empfehlen allen, wie aus London gemeldet wird, weniger Tätigkeit und mehr Erholung.

General Robertson über das Kriegsende.

Ab London, 3. Mai. General Robertson, der frühere Chef des englischen Generalstabs, hat in einer Rede in London unter anderem folgendes gesagt: Der Krieg wird wahrscheinlich noch länger dauern, wie lange er aber dauern wird, kann niemand sagen. Der jenseitige Grund, weshalb der Krieg nicht schon beendet ist, liegt darin, daß die Alliierten bei Ausbruch des Krieges unorganisiert waren. Wir müssen nun für das Verfallene büßen, das in früheren Zeiten Länder ruinierte oder Bankrott machte. Wir sind nicht Willens, uns zu ruinieren oder Bankrott machen zu lassen.

Italien.

Der weiße Sonnino.

Ab Bern, 3. Mai. Sonnino hält durch den „Corriere della Sera“ in einem Artikel gelegentlich des Rücktritts von Cernin England und Frankreich vor, daß er die Politik der Entente gegenüber Österreich-Ungarn immer mißbilligt habe. Es sei dem von Kaiser Karl und Cernin unterzeichneten Friedensabkommen gelungen, die beiden Länder der Entente mit Ausnahme Italiens zu tauschen. Dadurch sei eine große gemeinsame militärische und politische Front gegen Österreich-Ungarn entstanden, die nicht nur diesen Staat sondern den ganzen mitteleuropäischen Bund hätte zu Tode treffen können.

Frankreich.

Friedensdemonstration in Paris. Nach indirekten Vorberedungen haben am 30. April in Paris eine Anzahl Umzüge für einen baldigen Frieden stattgefunden. Es folgten die Heil- oder Arbeiter von Paris. Wie das „Journal de l'Europe“ schreibt, wurde die Abhaltung der in Paris einberufenen 17 Friedenskonferenzen von der Regierung verboten.

Ab Haag, 3. Mai. Der „Nieuwe Courant“ erzählt von einem nichtdeutschen Gefangenen, der bereits vor der Kriegserklärung in den Vereinigten Staaten von Amerika war, es sei ihm aus guter Quelle bekannt, daß augenblicklich etwa 250 000 bis 300 000 Amerikaner in Frankreich seien, die meistens im Sommer und Herbst 1917 dorthin gebracht worden seien. Im Winter, erklärte der Gefangene, habe die Truppenbeförderung infolge Schiffraumsmangel so gut wie ganz stillgestanden. Vor 1919 werde kaum eine größere amerikanische Armee in Europa sein. Die Verfechtung von Uniformen, Munition und Geschützen gelte in lauter von Staaten, daß die amerikanischen Soldaten in Frankreich an allem Mangel hätten und die Lebensmittellieferung der Alliierten noch vergrößerten, worüber besonders die Engländer sehr verärgert seien. Die Eisenbahnen in Amerika schienen außer Stande, genügend Material zu befördern, jedoch jeder Beiz der Vereinigten Staaten an allem leide, der auf die In- und Zufuhr angewiesen sei. Die Zufuhr von Bunkersohlen sei mindestens auf drei Monate im Rückstand. Auf der Straße Washington-New York ständen tausende mit Kohlen beladene Wagen, die nicht weitergeführt werden könnten.

Amerika.

Ab Bern, 2. Mai. Der „Matin“ meldet aus New-York: Die Metropolitan-Oper hat 19 deutsche und österreichische Künstler, darunter die Bariton Leinhardt und Frieda Hempel entlassen. Der Direktor der Oper erklärte, er werde alle übrigen Angehörigen entlassen, deren deutschfreundliche Stimmung zutage trete. Das Verbotende an dieser Meldung ist, daß auch Frieda Hempel nicht mehr für würdig befunden wird, vor amerikanischen Ohren zu singen, die sie als Stempel, die nach am 2. November 1917 dem Herausgeber einer amerikanischen „Wochenschrift“ beteuert hatte, daß sie sich niemals angeschlossen habe, das Sternbanner-Krieg zu singen, trotzdem damals ihr Landmann Dr. Rud. der Leiter des Bostoner Sinfonieorchesters, allerorts angeschlossen wurde, weil er sich weigerte, das Lied zu spielen! Ob auch die tal. brennliche Kammerlangerin Margarete Wagener entfernt worden ist? Das würde das Bild wohl machen, denn Frau Wagener hat es über sich vermocht, den Reichsbrief der Versicherung zu geben, daß sie absolut keine Gefühle, geschweige denn Sympathien für Deutschland in diesem Kriege habe.

Finnland.

Abna Kopenhagen, 3. Mai. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Aus Helsingfors wird berichtet, daß nun ganz Finnland in der Gewalt der Regierungstruppen ist. Die von der Roten Garde allein an den Eisenbahnen angerichteten Verwüstungen stellen einen Schaden von 150 Millionen Rubel dar. In den letzten Wochen verarmten die Russen bedeutende Truppenmassen an der finnischen Grenze. Man erwartet wichtige Ereignisse.

Perfien schüttelt die Anbelungsverträge ab.

Der persische Bevollmächtigte im Haag hat dem holländischen Minister des Auswärtigen eine Note überreicht, worin er im Auftrage seiner Regierung mitteilt, daß diese alle Verträge für ungültig erklärt hat, die Perfien in den letzten Jahren aufgesetzt wurden, im besonderen den zwischen Russland und England 1907 geschlossenen Vertrag. Der Einfluss, den Perfien in der Ausübung seiner politischen Freiheit behindert und seine Unabhängigkeit und Intaktabilität einschränkt.

Dieser Schritt der persischen Regierung, um aus der ihr einst aufgezungenen englisch-russischen Hölle herauszukommen, dürfen wir als einen Erfolg unserer Siege im Osten buchen. Das unterdrückte Land fühlt, daß die englisch-russische Macht im nahen Orient ihre Kraft eingebüßt hat und zieht seine Schlüsse daraus. Die die Stärkung und Unabhängigkeit der Türkei, so liegt auch die Stärkung und Unabhängigkeit Perfien im wohlverstandenen deutschen Interesse.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 3. Mai.

Abg. von Gräfe (Hann.) verweist auf die brutale Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Rumänien. Lauterke hat zu Tode gemartert oder in Glend umgekommen. Negationsrat von Keller: So weit ichbilde Offiziere in unsere Hände gefallen sind, wird nach Maßgabe des Gesetzes gegen sie vorgegangen werden. Wegen der anderen einmündigen belagerten Rufe haben wir von der rumänischen Regierung, abgesehen von der Frage der Ergänzungen, unverzügliches Entschließen verlangt, damit die künftigen Offiziere für ihre Gewalttätigkeiten oder für die geistliche Verhöhnung in ihren Händen gegenüber deutschen Soldaten der verdienten Strafe entgegengeführt werden. (Beifall.) Abg. Dr. Herzfeld (Hann. Soz.) wiederholt eine im Sep-

tember 1917 vom Abg. Dittmann gestellte Anfrage, die dahin geht, daß der Stettiner Polizeipräsident eine Broschüre mit dem amtlichen Stenographenbericht der Reichstags-Sitzung vom 20. Juli 1917 über die Kriegsspiele der Regierung entgegen den Vorschriften der Reichsverfassung verboten habe.

Oberst von Wissberg: Die Broschüre ist bereits im Oktober 1917 auf Anordnung des Oberstaatsanwalts verboten worden. (Beifall.)

Abg. Dr. Straube (Hann. Soz.) führt Frage über die Gefährdung der englischen Versorgung indischer Regier durch den Mangel an Zinnwaren.

General von Wissberg: Dem Wunsch der Landtage ist noch Möglichkeit Rechnung getragen worden.

Abg. Ruffel (Hann. Soz.) beklagt sich darüber, daß das Leipziger Kommando den Ruffelanten das Verbot der Leipziger Volkszeitung in den Kassen und Plankassens quantifiziert verweigert. Ein Vertreter des Kriegsministeriums antwortet, daß ein Verbot gegen die Leipziger Volkszeitung nicht ergangen ist, wohl aber habe das Leipziger Kommando aus inneren Gründen eine Auflage dieses Blattes in den Kassen widerrufen.

Abg. S. (Hann.) verlangt Maßnahmen gegen die drohende Gefahr einer allgemeinen Verarmung unterer Berde- und Bch- bestände. Auch die Verhältnisse beim Meer seien ganz außerordentlich unter der Hand.

General von Wissberg: Die zur Befämpfung der Rande getroffenen Maßnahmen lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß wir die Krankheit ausrotten können. Kranke Pferde aus den Beständen des Meeres werden erst nach der Ausheilung in einen Handelsverkehr der Industrie und Landwirtschaft ausgeliefert.

Abg. Dr. Hecker (Hann.) erkundigt sich nach der Verwendung von Dumm-Geschützen durch die Engländer.

General von Wissberg beklagt das englische Dumm-Geschütz und schilbert die dadurch verursachten sonstigen Verletzungen. Die Papierindustrie enthält Kränkheitskeime. Die Form des Wankels verursacht Eiterungen und Wundbrandheiten. Wir werden unter Androhung von Gegenmaßnahmen von der englischen Regierung verlangen, daß dieses Geschütz nicht mehr verwendet wird.

Fortsetzung der 2. Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsamts.

Abg. Dr. Schuler-Gesenberg (Hann. Soz.) gegenüber den Reichswirtschaftsamtsberichten der Industrie müssen volkswirtschaftliche Gesichtspunkte leidend sein. Feinere und mittlere Betriebe sind frei zu lassen. Auch gegenüber der Landwirtschaft hat der Produktionsmangel vorrang. Die freie Wettbewerb der kleinen und mittleren ausgebaut wird, ist eine staatliche Regelung bedenklich, gegenüber Produktionspolitik, zum Vorteil der Arbeiter und Verbraucher. Auch bei den Steuern müssen volkswirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein. Der Neubau einer Volkswirtschaft erfordert die neue Umgestaltung der gesamten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Wir brauchen eine totale Umwandlung in Wirtschaft, den Welt-Krieg der Zukunft, Vertrag über Rohstofflieferungen und die Weltwirtschaftsplanung sei in den Friedensverträgen.

Abg. Dr. Richter (Hann.) Die Schaffungsfreiheit der freien Volkswirtschaft darf nicht durch eine staatspolitische Zwangswirtschaft vernichtet werden. Wo bleibt das Ermäßigungsgebot für die Zeit nach dem Kriege? Bis zu seiner Genehmigung darf die Regierung nur vorbereitende Maßnahmen für die Lebenswirtschaft treffen, sonst sind spätere Veränderungen schwer vorzunehmen. Wenn die freie Wirtschaft erobert wird, wird den Krieg verlieren, auch wenn er ihn militärisch gewonnen hat.

Abg. Dr. Wildgrube (Hann.) Auch wir sind gegen die so viel geprüfene gebundene Wirtschaft. Nur unsere Eisenindustrie brauchen wir die Erbsen von Völkern-Bien.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr von Stein: Nicht die Kriegswirtschaftlichen Organisationen haben die kleinen und mittleren Wirtschaften vernichtet, sondern der Zustand des Krieges. Es wäre noch schlimmer geworden ohne rechtzeitiges staatliches Eingreifen. In der Lebenswirtschaft wird mit den Maßnahmen der Rohstoffe der Zustand allmählich geordnet werden können.

Abg. Carsten (Hann. Soz.) hat über Organisationsmaßnahme der Rohstoffverwaltung. Die Tausende von wackelnden Anstalten dürfen nach dem Kriege nicht einfach auf das Wasser fließen.

Samstag 2 Uhr: Weiterberatung.

Tages-Rundschau.

Ein Kallertwort an die Auslandsdeutschen.

Ab Berlin, 2. Mai. Der Kallert hat zur Vorbereitung unter den aus dem Ausland vertriebenen Auslandsdeutschen kein Bild und kein gutes Kallertwort zur Verfügung gestellt.

Der Vorbereitungs-Komplex, zu dem unsere Freunde und Bekannten haben, hat durch Gottes Gnade und unsere überlegenen Leistungen zu Siegen geführt, die tiefe Spuren in die Weltentwicklung der nächsten Jahrzehnte eingegraben werden. Ein harter Krieg und ein verhandlungsloser Volk wird unsere Auslandsdeutschen Bruder geleiten, wenn sie die Verhältnisse deutschen Fleisches und deutschen Geistes wieder aufbauen wollen. Gott segne jedes deutsche Haus, das treu und fest seine Eigenart bewahrt. Gott fördere jeden Mann, der seinen deutschen Namen Ehre macht, Gott schirme deutsche Mütter, die still und beharrlich kommenden Geschlechter im Geist der Vater erziehen, um alle über durch den Reich starken nationalen Pflichtbewußtsein zu Arbeit für die Zukunft und Größe der deutschen Volksgemeinschaft. Einigkeit macht stark!

Wilhelm I. K.

Über 84 Millionen Einzahlungen.

Ab Berlin, 3. Mai. Wie hier gerade diesmal der Gedanke, die Zeichnungen auf die Kriegsanleihe die höchste Staatsbürgerpflicht sei, in alle Schichten der Bevölkerung eingedrungen ist, zeigt sich aus der Tatsache, daß die Zahl der Zeichnungen mit 84 Millionen Stück gegenüber der letzten Kriegsanleihe um beinahe 1,3 Millionen zugenommen hat. Die achte Kriegsanleihe trägt daher wiederum in besonderem Maße das Gepräge einer Volkssanleihe.

Kleine Mitteilungen.

Budeburg. Die Fürstin-Kaiserin Marie Anna zu Schaumburg-Lippe ist an Herzschwäche lahm erkrankt.

Operation des Fürsten Bismarck. Der Entel des ersten Reichskanzlers Fürst Otto v. Bismarck hat sich in einem Wiener Sanatorium einer Rückenoperation unterzogen, die einen günstigen Verlauf nahm.
